

## Gespräch des SEB mit Ministerpräsident Albig in Kiel

Am 19. Juni 2014 haben je zwei Vertreter der Schulleiternbeiräte der Gymnasien in Heide (GHO und WHG) und Brunsbüttel mit Ministerpräsident Albig Aspekte der Situation und Zukunft des Gymnasiums in Schleswig-Holstein und speziell in Dithmarschen diskutiert. Das Gespräch im Gästehaus der Landesregierung im Beisein von Mitarbeitern aus der Staatskanzlei und dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft dauerte mit rund 1 ¼ Stunden länger als ursprünglich verabredet und verlief in konstruktiver Atmosphäre. Wir hatten den Eindruck, dass Herr Albig vorbereitet und sich der Ernsthaftigkeit unserer Anliegen bewusst war.

In der Natur der Sache liegt es fast zwangsläufig, dass nicht in allen diskutierten Punkten (z.B. auch in aktuellen Fragen der Lehrerbildung) Einigkeit zu erzielen war. Wichtig war es aber zunächst eine Antwort auf den Elternbrief zu erhalten, von dem wir 1242 unterschriebene WHG-Exemplare übergeben haben. (Zusammen haben die Vertreter der drei Gymnasien mit annähernd 2500 Unterschriften die breite Legitimation für die vorgebrachten Argumente deutlich machen können.)

Es bleibt festzuhalten:

- Das Planstellenzuweisungsverfahren für das kommende Schuljahr 2014/15 wird auf den Berechnungsgrundlagen des laufenden Schuljahres basieren. Es sollte damit zu **keiner** Reduzierung der zugeteilten Planstellen kommen.
- Die finanziellen Mittel für die pädagogische Mittagsbetreuung sollen weiterhin zur Verfügung stehen.
- Die Kosten der Durchführung der offenen Ganztagschule sollen nicht durch die Anwendung des Landesmindestlohngesetzes nach oben getrieben werden.

Einerseits hat uns bei der Verbesserung der Planstellenzuweisung sicherlich geholfen, dass der Bund zukünftig BAFöG-Kosten übernimmt, die bislang von den Bundesländern getragen worden sind. Damit sind finanzielle Mittel frei geworden, mit deren Hilfe in Schleswig-Holstein Planstellenkürzungen zurück genommen werden. Andererseits sollten die vielfältigen landesweiten Protestaktionen in jüngerer Zeit der Landesregierung die Unzufriedenheit deutlich gemacht haben, mit der Eltern und Schüler speziell der Gymnasien die tägliche Ausgestaltung der Schulpolitik erleben. Wir sind mit unseren Protestaktionen zur rechten Zeit gekommen !

Auf einen entsprechenden Vorhalt hat der Ministerpräsident erklärt, sich mit der Schulform Gymnasium auch aufgrund eigener Lebensgeschichte und Familiensituation zu identifizieren. In seiner Amtszeit werde es demnach nicht zu einem Aus der von uns gewollten Schulform kommen. Anderslautenden Willensbekundungen seiner Partei räumte er keine Mehrheitschancen ein. Bleibt zu hoffen, dass dies lange so bleibt und auch von genügend Mitgliedern der Partei des Ministerpräsidenten und der aktuellen Regierungskoalition so gesehen wird.

Wir haben Ministerpräsident Albig gegenüber erklärt, die weitere Entwicklung der Schulpolitik sehr aufmerksam zu beobachten und bei gegebener Veranlassung auch weiterhin aktiv zu sein.

Für den Schulleiternbeirat des WHG

Michael Lütje

Dr. Andreas Klingelhöller